

Das Erziehungsgesetz des Kantons Luzern v. 1910

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Pädagogische Blätter : Organ des Vereins kathol. Lehrer und Schulmänner der Schweiz**

Band (Jahr): **18 (1911)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-525040>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Pädagogische Blätter.

Vereinigung des „Schweizer. Erziehungsfreundes“ und der „Pädag. Monatschrift“.

Organ des Vereins kathol. Lehrer und Schulmänner der Schweiz
und des Schweizerischen katholischen Erziehungsvereins.

Einsiedeln, 20. Jan. 1911. || Nr. 3 || 18. Jahrgang.

Redaktionskommission:

H. Rektor Keller, Erziehungsrat, Zug, Präsident; die H. Seminar-Direktoren Wilh. Schnyder, Districh und Paul Diebolter, Rickenbach (Schwyz), Herr Lehrer Jos. Müller, Wetzikon (St. Gallen), und Herr Clemens Frei zum „Storchen“, Einsiedeln. **Einsendungen** sind an letzteren, als den Chef-Redaktor, zu richten. **Inserat-Aufträge** aber an H. Haasenstein & Vogler in Luzern.

Abonnement:

Erscheint **wöchentlich** einmal und kostet jährlich Fr. 4.50 mit Portozulage.
Bestellungen bei den Verlegern: Eberle & Rickenbach, Verlagshandlung Einsiedeln.

Krankenkasse des Vereins kath. Lehrer und Schulmänner der Schweiz:
Verbandspräsident Hr. Lehrer J. Desch, St. Fiden; **Verbandskassier** Hr. Lehrer Alf. Engeler, Lachen-Bonwil (Cheq IX 0,521).

Inhalt: Das Erziehungsgesetz des Kantons Luzern von 1910. — Humor. — Vereinschronik. — Gedanken über Lehrerbildung. — Dank der „Kirchenzeitung“. — Sammeliste für Wohlfahrts-Einrichtungen. — Aus Luzern. — Achtung! — Korrespondenzen. — Literatur. — Inserate.

Das Erziehungsgesetz des Kantons Luzern v. 1910.

Am 29. November abhin ist die Referendumsfrist für das Erziehungsgesetz abgelaufen. Entsprechend der einstimmigen Annahme durch den Großen Rat erfolgte auch von keiner Seite eine Opposition gegen das Gesetz, die Referendumsfrist ging unbeachtet und unbenützt vorüber.

Wenn man das Schicksal der Erziehungsgesetze in andern Kantonen betrachtet, so dürfen wir Luzerner in wohlberechtigter Freude mit der Revisionsarbeit befriedigt sein. Vorab ist es der unermüdblichen Ausdauer des Erziehungsdirektors, Hrn. Düring, zu verdanken, daß die Revisionsarbeit einen allseitig befriedigten Verlauf nahm. Es mag ja dem einen oder andern Hrn. Lehrer vielleicht etwas zu wenig rasch gegangen sein, abgesehen von einigen Stürmern, denen weniger darum zu tun war, ein Werk des Friedens und des ruhigen Fortschrittes zu schaffen, als Unzufriedenheit zu fördern und zu wirken. Es gab eben viele Bedenken zu zerstreuen, manche Unebenheit zu glätten, bis die Arbeit befriedigte. Und es kann konstatiert werden, daß speziell an der Verzögerung den Chef des Erziehungsdepartementes absolut keine Schuld

trifft. Wir erinnern an den Gang der Verhandlungen. Als das Gesetz durchberaten war, wollte man die Schlußabstimmung auf die nächste Sitzung verschieben, da es nicht möglich sei, die endgültige Vereinigung des Textes von heute auf morgen vorzunehmen.

Herr Düring opponierte mit aller Entschiedenheit diesem Antrage, er wolle die Arbeit schon besorgen. Und wirklich, am Morgen lag der Text allseitig bereinigt vor, der Chef hatte die ganze Nacht durchgearbeitet. „Für die Lehrerschaft ist mir keine Arbeit zu viel,“ sagte er am Morgen, als er die fertige Arbeit vorlegte, und die Schlußabstimmung konnte erfolgen.

Mit diesen Erwägungen wollen wir allerdings die Verdienste des Kommissionsreferenten, Hrn. Erz.-Rat Erni nicht kürzen, die Namen des Hrn. Düring und Erni sind mit der Revisionsarbeit enge verknüpft.

Zweck der nachstehenden Zeilen wird nun sein, auf die wesentlichen Abänderungen des neuen Gesetzes aufmerksam zu machen:

Primarschulen:

Früher war den Gemeinden gestattet, den Turnunterricht für Mädchen als Freifach einzuführen, nach dem neuen Gesetz können die Gemeinden das Mädchenturnen als obligatorisches Lehrfach erklären; die fakultative Einführung des Handfertigkeitsunterrichtes und der Haushaltungskunde ist gestattet.

Das Maximum der Schülerzahl für Gesamtschulen wurde von 70 auf 60, für getrennte Schulen von 80 auf 70 Schüler herabgesetzt.

Das Schuljahr beginnt am 1. Montag im Mai, der Erz.-Rat gestattet auf Antrag der Schulpflege einen früheren Schulansfang, um den lokalen Verhältnissen allseitig Rechnung tragen zu können. Wenn also künftig Ostern früh ist und die Verhältnisse es wünschenswert erscheinen lassen, vor Mai mit der Schule anzufangen, so kann es der Erz.-Rat gestatten.

Die Primarschule umfaßt künftig 7 Klassen, früher nur 6. Für Gemeinden mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung können folgende Abänderungen geschaffen werden:

a. Die 6 ersten Klassen sind Jahreskurse, die 7. Klasse ist ein Winterkurs von 20 Schulwochen.

Diesen Gemeinden ist die Einführung eines 8. Winterkurses gestattet.

b. Die ersten 5 Klassen sind Jahreskurse, die 6., 7. und 8. Klasse sind Winterkurse von mindestens 20 Schulwochen.

Für alpwirtschaftliche Gegenden kann der Erz.-Rat eine besondere Schulorganisation gestatten mit einer Totalschulzeit von mindestens 250 Schulwochen.

Die Folge wird nun sein, daß die Städte und Industrieorte die 7 Jahreskurse, der größere Teil der Landgemeinden sechs Jahreskurse und einen Winterkurs und ein kleinerer Teil fünf Jahreskurse und drei Winterkurse einführen.

Um Mißbrauch zu verhüten, wird der Uebertritt aus einer Schule mit Jahreskursen in eine solche mit Halbjahresschulen nur solchen Schülern gestattet, deren Familie das Domizil wechselt.

Die Schulwoche zählt mit Ausschluß des Religions-, Arbeits- und Turnunterrichtes 12 (1. Kl.) bis 25 Stunden (oberste Klasse), früher 20—25 Stunden.

Die Reduktion der Wochenstunden erfolgte wesentlich wegen früherem Eintritt der Kinder und um die untersten Klassen zu entlasten.

Nach bisherigem Gesetz wurde das Kind schulpflichtig, wenn es vor 1. Mai das 7. Altersjahr zurückgelegt hatte, event. vor 1. August. Nach dem neuen Gesetz wird das Kind in dem Jahre schulpflichtig, in welchem es das 7. Altersjahr zurücklegt. Mit dieser Bestimmung stellt sich der Kanton in Uebereinstimmung mit einer größeren Anzahl anderer Kantone, die Kinder des nämlichen Jahrganges bilden eine Klasse, während früher die Klassen Schüler aus zwei verschiedenen Jahrgängen zählten. Bei körperlicher oder geistiger Schwäche kann der Bezirks-Inspektor Ausnahmen gestatten.

Ein Kind, das rechtzeitig in die Schule eingetreten und vor dem 1. Jänner 13 Jahre alt geworden ist, oder bei 8 Klassen das 14. Altersjahr zurückgelegt hat, kann aus der Primarschule entlassen werden, auch wenn es nicht alle Klassen durchgemacht hat. Diese Bestimmung wird wesentlich Einfluß haben auf das Steigen der Schüler, es können nun die Schüler derjenigen Klasse eingereiht werden, wohin sie vermöge ihres intellektuellen Standpunktes gehören, ohne befürchten zu müssen, längere Schulzeit machen zu müssen.

Inskünftig können Mädchen schon von der 2. Klasse an die Arbeitsschule besuchen, von der 3. Klasse an sind sie pflichtig. Wo Mädchenfortbildungsschulen bestehen, kann an Stelle des Besuches der Arbeitsschule derjenige der entsprechenden Fächer der Fortbildungsschule treten.

Die Wiederholungsschulen sind ausgeschaltet. Weder Schüler noch Lehrer noch Schulbehörden werden ihnen eine Träne nachweinen.

Bürger Schulen:

Diese treten an Stelle der bisherigen Wiederholungsschulen für Rekruten. Die Stundenzahl ist von 40 auf 60 erhöht worden. Dispensiert dürfen nur solche Schüler werden, die mit Erfolg eine höhere Schule besucht haben. Diese Schule soll künftig mehr den Bedürfnissen des praktischen Lebens dienen, die weniger dahin zielt, die Schüler auf die Rekrutenprüfung vorzubereiten, als ihnen Anleitung zu geben, die Rechte und Pflichten als künftig volljährige Staatsbürger in richtigem Maße zu nutzen und zu erfüllen. Durch Ausdehnung der Schulzeit ist die Möglichkeit geboten, den Lehrstoff gründlicher zu behandeln und den Unterricht fruchtbringender zu gestalten.

Zum Besuche pflichtig ist die männliche Jugend in den Jahren, in welchem selbe das 18. und 19. Altersjahr erreicht.

Sekundarschulen:

Der Uebertritt von den Primar- in die Sekundarschulen kann erfolgen, wenn mindestens 6 Jahreskurse Primarschule mit gutem Erfolg absolviert sind. Die Schüler haben sich durch eine Prüfung hierüber auszuweisen, ebenso sind solche Schüler verpflichtet, mindestens 2 Jahre diese Schule zu besuchen.

Diese Bestimmung wird für die Sekundarschulen von gutem sein, sie bekommen künftig ein besseres Schülermaterial. Der Uebertritt von der 6. Klasse Primarschule ist nur für fähigere Schüler möglich, die übrigen müssen die 7. Klasse noch absolvieren. Diese treten in reiferem Alter in die Sek.-Schule über, und so wird auch ein Erfolg eher möglich sein. Allerdings werden dadurch der künftigen 7. Primarschulklasse die fähigern Schüler entzogen, wir werden in Zahl und Qualität dezimierte 7. Klassen haben. Das wird Veranlassung sein, daß im Lehrplan und in den Lehrgängen dies wohl erwogen wird, dieser 7. Kurs soll ergänzend einsetzen, wo noch Mangel sich zeigt, der Unterricht soll möglichst individuell berücksichtigen, nicht nach oben, sondern nach Gründlichkeit streben und Neues mit eifriger Repetition verbinden, um einen vollen Abschluß zu schaffen. Dann kann und wird diese Auscheidung nur von gutem sein.

Für Sekundarschulen mit mehr als zwei Klassen können als fakultative Fächer eingeführt werden eine zweite Fremdsprache, Stenographie und Handfertigungsunterricht.

Lehrerseminar:

Ueber die Heranbildung der Lehrer ist im neuen Gesetz von wesentlicher Bedeutung die Ausbildung der Sekundarlehrer. Bisher hatten diejenigen Lehrer, welche das Patent als Sek.-Lehrer erwerben wollten, für die Ausbildung mehr oder weniger selbst zu sorgen. In der Regel gingen die jungen Leute nach Erwerbung des Primarlehrerpatentes einige Zeit in die französische Schweiz und bereiteten sich dann auf die Prüfung vor. Künftig wird verlangt, daß die jungen Lehrer, welche sich um das Sekundarlehrerpatent bewerben wollen, gewisse Fächer an der Kantonschule hospitieren müssen. Mit Recht wurde gerügt, daß die bisherige Ausbildung der Sek.-Lehrer den modernen Anforderungen nicht mehr genüge, es sei absolutes Bedürfnis, daß der Staat für eine weitgehendere Ausbildung der Sek.-Lehrer Sorge. Diesem Gedanken trägt das neue Gesetz Rechnung.

Für Aufnahme ins Lehrerseminar wurde im Minimum das 16. Altersjahr festgesetzt.

Berufliche Schulen:

Im bisherigen Gesetz ist nur von einer landwirtschaftlichen Winterschule die Rede, das neue Gesetz enthält den Zusatz: Je nach Bedürfnis können weitere landwirtschaftliche Berufsschulen errichtet werden.

In § 37 des Gesetzes ist die Bestimmung aufgenommen, daß auf Errichtung einer höhern Gewerbe- und Industrieschule Bedacht zu nehmen sei. Es ist also die Bahn frei für Errichtung eines zentralschweizerischen Technikums.

Spezielle Anstalten:

Der Bildung von anormalen Kindern ist im neuen Gesetz erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Das alte Gesetz kannte die Taubstummenanstalt in Hohenrain, es ermöglichte die Errichtung einer Anstalt für Schwachfinnige. Diese Anstalt ist errichtet in Hohenrain. Im neuen Gesetz ist die Bestimmung aufgenommen, daß den Gemeinden gestattet sei, Spezialklassen für Schwachbegabte zu errichten, der Staat zahlt an die Lehrer solcher Spezialklassen den gesetzlichen Besoldungsbeitrag. Es

sind ferner vorgesehen die Errichtung von speziellen Anstalten für blinde und verwahrloste Kinder.

Bis diese Anstalten errichtet sind, leistet der Staat Beiträge an die Versorgung solcher anormalen Kinder.

Neu sind auch die Bestimmungen über Lehrmittelverlag und permanente Schulausstellung.

Anstalten für wissenschaftliche Bildung.

Ueber diesen Abschnitt wollen wir uns kurz fassen. Die Mittelschulen bleiben in ihrem Bestande gesichert. Das Gymnasium umfaßt $5\frac{1}{2}$ Jahreskurse, der Uebertritt von der Primarschule ist nach Absolvierung des 5. Jahreskurses gestattet. Dem Lyzeum bleiben die zwei Jahreskurse. Die Bestimmungen über die Realschule sind wesentlich unverändert. Das Maximum der Schülerzahl für die Klassen der Kantonschule ist von 40 auf 30 reduziert.

Privatunterricht.

Der Privatunterricht ist gestattet, es muß aber das Lehrziel der öffentlichen Primarschule erreicht werden. Bezirksinspektor und Schulpflege haben sich von der gehörigen Durchführung des Unterrichtes zu überzeugen. Ebenso ist die Errichtung privater Primarschulen mit Bewilligung des Erz.-Rates gestattet.

Die Bewilligung wird nur erteilt, wenn Lehrer und Vorsteher in wissenschaftlicher und moralischer Qualifikation den Lehrern der öffentlichen Schulen entsprechen, den Anforderungen des Lehrziels öffentlicher Primarschulen genügt wird und Lokal, Mobiliar und Lehrmittel den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Neu ist im Gesez folgende Bestimmung:

Auf allen Schulstufen ist beim Unterricht in einer der betreffenden Stufe entsprechenden Weise auf den Schutz der Jugend in moralischer und physischer Beziehung fortwährend Rücksicht zu nehmen. Es ist dem Unterricht über Gesundheitspflege und bei demselben besonders auch der Belehrung über die Schädlichkeit des Alkoholgenußes spezielle Aufmerksamkeit zu widmen.

Lehrer.

Dieser Abschnitt bietet wenig Neues. Die allgemeinen Vorschriften über die Vorbereitung sind allerdings ergänzt durch die Bestimmung, daß künftig die Aufstellung spezieller Lehrgänge im Geseze ausdrücklich verlangt wird.

Was die Wahl der Lehrer betrifft, so ist die schließende Bestimmung neu, daß künftig ein gültiger Beschluß für die Ausschreibung nur dann gefaßt werden kann, wenn sich wenigstens ein Drittel sämtlicher Stimmbfähigen an der Abstimmung beteiligt. Damit sind Ueberraschungen bei solchen Abstimmungen kaum mehr möglich.

Im frühern Gesez war die Bestimmung enthalten, daß der Gewählte innert 8 Tagen nach erhaltener Anzeige die Annahme schriftlich zu erklären hatte, sonst wurde angenommen, er habe die Wahl abgelehnt. Künftig ist diese Erklärung nicht mehr absolut nötig, gibt der Lehrer keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als angenommen. Immer-

hin erfordern Anstand und Bildung, daß der Lehrer eine bestimmte Erklärung abgebe.

Im Jahre 1914 werden alle Lehrer und Lehrerinnen der Primar-, Arbeits-, Sekundar- und Mittelschulen an einem und demselben Tage gewählt und von da an alle 4 Jahre. Bis zur Gesamterneuerung vom Jahre 1914 ledig werdende Lehrstellen werden nur bis zu diesem Zeitpunkt bestellt. Durch diese Neuerung werden die Lehrwahlen reduziert, weil alle miteinander vorgenommen werden, und man nicht das eine Jahr den Oberlehrer, das folgende den Sekundarlehrer und endlich in einem dritten Jahre die Arbeitslehrerin zu wählen hat.

Besoldung der Lehrer.

Bis zum Jahre 1919 ist die Barbesoldung festgesetzt wie folgt:

Primarlehrer	1200—1700 Fr.	gegenüber	900—1300 Fr.
Primarlehrerin	1000—1500	" "	700—1100 "
Sekundarlehrer	1600—2200	" "	1300—1800 "
Sekundarlehrerin	1400—2000	" "	1100—1500 "

Die Entschädigung für Holz und Wohnung beträgt 400 Fr. 150 Fr. + 250 Fr. gegenüber 300 im frühern Gesetz.

Vom Jahre 1919 an wird die Besoldung der Lehrerschaft durch den Großen Rat auf dem Dekretsweg festgesetzt, immerhin dürfen die Besoldungsansätze nicht unter obige Zahlen hinuntergehen. Die Besoldungen steigen von vier zu vier Jahren, die letzte Zulage wird jedoch nach 2 Jahren fällig. Die Besoldung der Arbeitslehrerinnen beträgt 100—160 Fr. statt früher 80—100 Fr.

Gemeinden, welche stark mit Steuern belastet sind, oder verhältnismäßig viele Schulen zu unterhalten haben, erhalten außerordentliche Staatsbeiträge. Die daheringe Gesamtausgabe darf 10 000 Fr. pro Jahr nicht übersteigen. Lehrer, welche in abgelegenen Gegenden unter schwierigen lokalen Verhältnissen oder an stark bevölkerten Gesamtschulen Schule halten, kann eine Zulage zur ordentlichen Besoldung zuerkannt werden.

Alters- und Invaliditätsfürsorge, Witwen- und Waisenkasse der Lehrer.

Wohl eine schönste Zierde der Revisionsarbeit ist die Alters- und Invaliditätsfürsorge. Wohl wurden bisher ältere, im Dienste der Jugendziehung grau gewordene Lehrer pensioniert. Eine Verpflichtung hierfür war gesetzlich nicht gegeben. § 124 des Gesetzes sagt nun: Lehrer und Lehrerinnen der Primar- und Sekundarschulen, welche nach wenigstens 40-jährigem Schuldienste oder nach erfülltem 60. Altersjahr in den Ruhestand treten, haben Anspruch auf eine lebenslängliche vom Staate zu verabreichende Altersunterstützung bis zum Maximalbetrage von 65 % ihrer gesetzlichen Barbesoldung.

Lehrer und Lehrerinnen, welche mindestens 5 Jahre ununterbrochen im Kanton Schule gehalten haben und ohne ihr Verschulden dienstunfähig werden, haben Anspruch auf eine vom Staate zu verabreichende Invaliditätsunterstützung. Diese beträgt nach vollendetem 5. Dienstjahr 20 % der gesetzlichen Barbesoldung und steigt mit jedem Dienstjahr

um 1 % bis zum zurückgelegten 30. Dienstjahre, und von da 10 Jahre lang je um 2 %.

Für Reorganisation der Lehrer-, Witwen- und Waisenkasse ist eine Frist von 5 Jahren bestimmt in der Meinung, daß der bestehende Unterstützungsverein in eine Witwen- und Waisenkasse sich umwandeln soll. Dadurch würde die Möglichkeit geschaffen, künftig die Witwen und Waisen der Lehrer besser unterstützen zu können, es ist daher zu hoffen, die Reorganisation werde baldmöglichst an handgenommen.

Auch für das Lehrpersonal der höhern Schulen ist eine Hilfskasse zu errichten mit dem Zwecke der Unterstützung dienstunfähig gewordenener Lehrer.

Der Staat leistet an diese Kasse einen Beitrag. Es ist auffallend, wie man in Lehrerkreisen so wenig von dieser sozialen Fürsorge spricht, der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ist die Besoldungsfrage, für diese Fürsorge hat man entweder zu wenig Einsicht oder legt ganz bestimmt zu wenig Wert darauf. Es läßt sich heute noch nicht bestimmt voraussehen, welche finanzielle Opfer dem Staate durch diese Bestimmung erwachsen, aber sicher ist, daß selbe mit den Jahren bedeutend werden.

Schul- und Aufsichtsbehörden.

Die Abschnitte über die Schul- und Aufsichtsbehörden geben wenig zu Bemerkungen Anlaß. Die bisherige Organisation ist wesentlich beibehalten, nur einige Bestimmungen wurden deutlicher gefaßt und ergänzt, den heutigen Anforderungen angepaßt durchweg im Sinne des sanitären Schutzes für Lehrer und Kinder. Es wird dem Lehrer speziell zur Pflicht gemacht, den gesundheitlichen Verhältnissen der Schüler besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Dispens von einzelnen Schulfächern auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses erteilt der Bezirksinspektor.

Die Einteilung des Kantons in Schulpflegekreise wird vom Reg.-Räte bestimmt. Die Schulpflege besteht aus 5—15 Mitgliedern. Spezielle Schulpflegen für die Sekundarschulen gibt es nicht mehr, immerhin ist den Schulpflegen gestattet, aus ihrer Mitte besondere Kommissionen für die Sekundarschule zu bestimmen.

Neu ist das Institut des Schularztes, dem die hygienische Aufsicht über die Schulen übertragen ist. Derselbe soll auch zu den Sitzungen der Schulpflege eingeladen werden. An die Kosten des Schularztes leistet der Staat ein Viertel der Kosten.

Diese Neuerung ist sehr zu begrüßen. Wenn der Schularzt seiner Pflicht getreu wird, dann werden ganz bestimmt organische Fehler der Kinder frühzeitig entdeckt und können leicht gehoben werden. Gewiß werden die Herren Aerzte sich dann auch an den Bezirkskonferenzen beteiligen und durch belehrende Weisungen zur Seite stehen.

Künftig haben die Schulpflegen dem Bezirksinspektor semesterweise über die Schulen ihrer Kreise speziellen Bericht zu erstatten.

Für die Arbeitsschulen ist die Stelle einer kantonalen Inspizientin vorgesehen. Damit ist Möglichkeit geboten, etwas mehr Einheit in der Organisation der Arbeitsschulen zu schaffen. Eine Neuerung wird auch

eintreten im Bericht der Bezirksinspektoren über den Stand der Schulen, die Lehrtüchtigkeit und Diensttreue der Lehrer. Statt der bisher üblichen Bensur in Ziffern werden andere Bezeichnungen gewählt werden. Für die speziellen Anstalten anormaler Kinder sind besondere Aufsichtskommissionen vorgesehen.

Die Aufsichtskommissionen der Mittelschulen werden künftig vom Erz-Rate bestimmt.

Schulverwaltung.

Im § 195 des frühern Gesetzes war gesagt, der Staat könne an den Bau neuer Schulhäuser Beiträge leisten, das neue Gesetz enthält die Bestimmung: der Staat unterstützt den Bau neuer Schulhäuser durch Beiträge.

In Gemeinden, welche die Unentgeltlichkeit der obligatorischen individuellen Lehrmittel oder Schulmaterialien für Primar-, Sekundar- und Arbeitsschulen ganz oder teilweise durchgeführt haben, vergütet der Staat ein Viertel der Kosten.

Diese Bestimmung wird der allgemeinen Unentgeltlichkeit der Lehrmittel den Weg bahnen, die Gemeinden, welche die Unentgeltlichkeit einführen, werden sich mehren.

Wir sind am Schlusse unserer Ausführungen. Das Gesetz bringt viel Neues, Nützliches und Schönes. Aber wie bemerkt, im Vordergrund stand die Besoldungsfrage, alles andere wurde nicht bemerkt, und der Zweck dieser Zeilen besteht darin, auch auf die andern Fortschritte aufmerksam zu machen. Es ist auch begreiflich, daß das Gesetz nicht im vollen Umfange sofort in Kraft erklärt werden konnte, sondern successive in Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse. Es ist Sache des Reg-Rates, den geeigneten Zeitpunkt zu wählen, wenn einzelne Abschnitte in Kraft treten sollen. Einzig die Bestimmungen betreff Besoldung der Lehrerschaft ist mit 1. November 1910 bereits in Kraft getreten.

Möge nun das Ganze zum Wohle der Lehrerschaft und Schule gedeihen! Das neue Erz-Gesetz gereicht seinem Schöpfer, Hrn. Erz-Direktor Düring zur Ehre, und jeder Lehrer, jeder Schulfreund ist ihm für seine Arbeit zu hohem Danke verpflichtet.

Humoristisches.

Es war am Montag. Alles stand noch unter dem Eindruck des Gordon-Bennet-Wettfliegens und der Fahrt des lenkbaren Luftschiffes über Zürich. In einer Zürcher Volksschule behandelt die Lehrerin im Religionsunterricht mit den Kleinen die Geschichte von Josef. Warum mußte Josef ins Gefängnis? —

— „Wegen der Frau Parseval!“

In einer kleineren Gemeinde des Freiamts schreibt in der Schule der Lehrer an die Wandtafel Wörter mit dem Umlaut „äu.“ Daraus soll jeder Schüler ein Beispiel in einem Satz angeben. Beim Wort *B r ä u t i g a m* gibt ein Schüler folgende Antwort: „*B r ä u t i g a m* i s t a l l e r B a s t e r A n f a n g !“

Bisaf. Student (der als letztes Stück seinen Globus verseht hat): „Was tun? spricht Zeus, die Welt ist weggegeben!“